

Beschlussvorschlag zur Entfernung der Bodenhülsen des Volleyballnetzes auf der Waller Mitte.

Der Beirat Walle möge folgende Stellungnahme / Forderungen beschließen:

Der Beirat Walle ist hochgradig verwundert über die Entfernung der Bodenhülsen des Volleyballnetzes auf der Waller Mitte durch Umweltbetriebe Bremen (UBB) am 15.09.21

Ein ausgestattetes Beachvolleyballfeld auf der Waller Mitte war regelmäßiger Bestandteil der Beteiligungsworkshops der anschließenden Planung. Bodenhülsen und mobiles Volleyballnetz wurden durch Mittel des Beirats Walle finanziert und von Mitgliedern des Vereins Waller Mitte in Eigenleistung eingebaut. Dazu gab es regelmäßig Rücksprache mit der Baubehörde. Das Volleyballfeld wird von Menschen aus dem Stadtteil intensiv genutzt, das mobile Netz nach Nutzung regelmäßig abgebaut und sicher gelagert.

Der Beirat Walle betont an dieser Stelle seine hohe Wertschätzung gegenüber dem Verein Waller Mitte. Dessen Bürgerschaftliches Engagement war und ist unverzichtbar für die Entwicklung des ehemaligen Sportplatzes hin zu einer öffentlichen Bewegungs- und Begegnungsfläche für die Menschen im Stadtteil. Die Bedeutung des Platzes für das Quartier wurde insbesondere während der Corona-Pandemie deutlich. Der Platz wird aktuell auch von den umliegenden Schulen genutzt und zuletzt fand ein Stadtteilstfest mit reger Beteiligung statt.

Vor diesem Hintergrund ist die Entfernung der Bodenhülsen durch städtische Institutionen um so befremdlicher. Dieser Vorgang ist geeignet, Bürgerschaftliches Engagement zu untergraben. Der Beirat Walle unterstützt vollumfänglich die Forderungen des Vereins Waller Mitte:

- Wiedereinbau der Bodenhülsen und Kostenübernahme durch UBB / SKUMS
- Um die Kommunikativ zu verbessern müssen SUMS und die mit dem Unterhalt beauftragten UBB verbindliche Ansprechpartner*innen für den Verein Waller Mitte e.V. benennen
- UBB und SKUMS werden aufgefordert, endlich eine tragfähige rechtliche Grundlage für die Nutzung durch den Verein und das Aufstellen eines Containers für Spielgeräte vorzulegen.

Bremen, den 23.09.21

Die Fraktionen von DIE LINKE / Bündnis 90 Grüne / SPD